Leserbriefe

Leserbriefe

Das Schweigen der Schweiz

Ausgabe vom 26. Juli
«Im Gazastreifen droht eine Massenhungersnot»

Die israelische Regierung unternimmt alles, um die mehr als zwei Millionen Menschen im Gazastreifen auszuhungern. Der Artikel umschreibt sehr präzise die menschenverachtende Strategie, die von der Netanjahu-Regierung ausgedacht und von der Armee und der Gaza Humanitarian Foundation (GHF) umgesetzt werden.
Die teuflische Kombination von brutalster militärischer Gewalt, gezielter Aussperrung der humanitären Hilfe und einer sehr gezielten Desinformation der Weltgemeinschaft sind nicht auszuhalten. Und unsere Regierung schweigt und sorgt sich vor allem, dass die sechs von Israel bestellten Drohnen nicht geliefert werden können. Und sie kritisiert den Chef der UNRWA, den Schweizer Philippe Lazzarini, für seine extrem schwierige Arbeit, anstatt ihm den Rücken zu stärken.
Aussenminister Ignazio Cassis ist Arzt, und man müsste meinen, dass diese unsäglichen Verbrechen an Kindern, Frauen und alten Menschen auch bei ihm Empathie auslösen könnten. Aber nein, lieber schweigt er zusammen mit dem Gesamtbundesrat und hofft, dass eines Tages alles vorbei ist. Aber unsere humanitäre Tradition verlangt, dass unsere Regierung in den Notfall-Modus schaltet. Und endlich mutig harte Entscheidungen trifft – Frankreich und England können Vorbilder sein – und die Verbrechen auf beiden Seiten benennt und die humanitäre Nothilfe massiv hochfährt, so wie dies auch die Alt-Bundesrätinnen Ruth Dreifuss, Micheline Calmy-Rey und Alt-Bundesrat Joseph Deiss fordern.
Andreas Baumgartner, Winterthur

Der Friedhof ist ein Oase für Rehe

Ausgabe vom 24. Juli
«Rehe kehren auf den Friedhof zurück»

Rehe tun sich am Grabschmuck und an Bepflanzungen des Friedhofs Rosenberg gütlich. Das stört manche Hinterbliebene. Im Februar vertrieben über hundert Mitarbeitende der Stadt Winterthur zwölf anwesende Rehe aus dem Friedhof. Gemäss der Jagdgesellschaft Zumikon werden Jahr für Jahr im Kanton Zürich hundert Rehe von Hunden gerissen. Dagegen wird nichts unternommen.
Erst kürzlich rannte vor mir ein Reh auf dem Lindberg in Todesangst über einen Waldweg, dicht gefolgt von einem Hund. «Er isch ja suscht so en Liebe», entgegnete mir sein Halter, als er seinen Liebling ein paar Minuten später suchte. Der Friedhof ist für die Rehe nicht nur ein Ort für Leckerbissen. Er ist auch ein wunderschöner Park mit grosser Biodiversität und ein Lebensraum für Wildtiere. Für die Rehe ist er eine Oase, in der sie ohne Angst vor Hunden Ruhe finden und ungestört ihre Jungen aufziehen können. Wer ein wenig besser hinschaut, kann abends durchaus Rehe beobachten, die im hohen Gras äsen, auch wenn die Stadt dies offenbar kaum bemerkt. Läge ich später einmal im Friedhof Rosenberg unter der Erde, würde ich mich unendlich freuen, wenn Rehe sich an den Rosen zu schaffen machten, die mir meine Angehörigen auf das Grab legten.
Martin Steiner, Winterthur

Es ist ein globaler Konflikt

Ausgabe vom 22. Juli
«Kyjiw und Moskau wollen reden – nur worüber?»

Wie im Text erwähnt, handelt es sich bei diesem Treffen zwischen einer ukrainischen und einer russischen Delegation nicht um Verhandlungen zur Erreichung eines «Waffenstillstands», sondern lediglich um technische Verhandlungen zur Lösung bestimmter humanitärer Probleme wie: die Rückführung von Gefangenen oder Opfern.
Laut dem Artikel, der sich auf einen Text in der Tageszeitung «Kommersant» bezieht, soll der Präsident der Russischen Föderation (Herr Putin) in einem «Memorandum» erklärt haben, dass er die Anerkennung der Krim, der Regionen Luhansk, Donezk und Saporischschja sowie Cherson als integralen Bestandteil des Territoriums der Russischen Föderation fordert. In dem Memorandum ist auch die Rede davon, dass Kyjiw auf finanzielle Entschädigungen für die erlittenen Schäden verzichtet und dass die Ukraine auf eine Mitgliedschaft in Militärbündnissen wie der Nato verzichtet und dauerhaft ein militärisch neutrales Land wird.
Dies zeigt, wie stark sich die Russische Föderation fühlt, um solche Forderungen zu stellen. Es muss auch berücksichtigt werden, dass Präsident Putin sich dafür verantwortlich fühlt, die Sicherheit der russischen Bürger zu gewährleisten, indem er die Grenzen so weit wie möglich nach Westen verschiebt. Wenn die Nato immer näher an den Osten rückt, rückt Russland näher an den Westen. Es handelt sich hier also nicht nur um eine Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Ländern, sondern vielmehr um eine grundlegende Meinungsverschiedenheit zwischen zwei Bündnissen, nämlich den Nationen des Atlantikpakts (Nato) und dem ehemaligen Bündnis des Warschauer Pakts. Tatsächlich handelt es sich jetzt um einen globalen Konflikt, der nur auf internationaler Ebene von den Mitgliedsländern der Vereinten Nationen gelöst werden kann.
Eric Adrien Staub, Winterthur

Herumeiern um Handyverbot

Ausgabe vom 22. Juli
Zum Leserbrief «Das Verbot gilt schon seit 2007»

Die vier Schulpflegen in Winterthur wurden bei der Schulbehördenreorganisation 2022 auf eine Schulpflege reduziert, um die Unterschiedlichkeiten in den vier Kreisen zu reduzieren und eine angenäherte Gleichmässigkeit in den Schulen zu erreichen. Nix damit, wenn man den Leserbrief des Schulpflegemitglieds M. Fischer zum Thema Handyverbot in den Schulen zu verstehen versucht.
Was nun? Handyverbot von 2018 überall umgesetzt und evaluiert? Oder: Jedes Schulhaus bestimmt basisdemokratisch selbst? Oder: Sinnvolle Massnahme oder nicht? Die Schulpflege Winterthur hat sich selbst als Legislaturziel ins Pflichtenheft geschrieben: «Eine Schule Winterthur.» Eine oder 36 unterschiedliche Handykulturen in den Schulhäusern? Ich erlaube mir, sehr geehrter Herr M. Fischer, die Frage: Braucht es die Schulpflege noch, wenn sie bereits in der Umsetzung des Handyverbots so herumeiert?
Hans-Peter Gisler, Winterthur

Beschämende Tatsache

Ausgabe vom 22. Juli
«Atomlobby-Anlass mit Albert Rösti durch Lotteriegelder finanziert»

Es ist wahrhaftig eine beschämende Tatsache für den reichen Kanton Zug, dass Lotteriegelder herhalten mussten für eine solche Veranstaltung mit Bundesrat Albert Rösti. Von einem gemeinnützigen Projekt kann da unter diesen Umständen wohl nicht mehr mit gutem Gewissen gesprochen werden.
5000 Franken nebst anderen entstandenen Kosten für diesen Anlass beschönigen diesen Vortrag aus dem Bundeshaus wohl nicht am wenigsten für die notwendige künftige Energiestrategie 2050.
Die Zuger Regierung wird wohl ihre weitere Ausgabenpolitik unter SVP-Führung neu überdenken müssen – auch im Interesse der dortigen steuerzahlenden Bevölkerung.
Egon Sommer, Winterthur

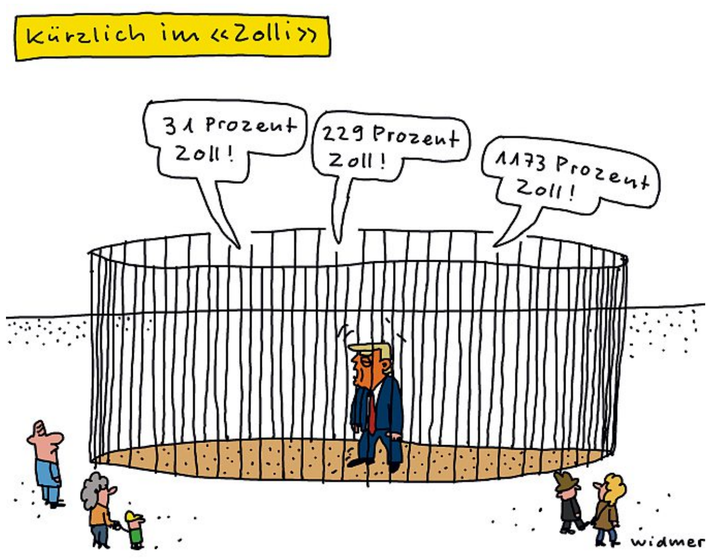
30. November – Tag des Wohnens?

Der 30. November 2025 wird zum Tag des Wohnens. Kantonal stimmen wir über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» und den Gegenvorschlag des Regierungsrats ab. Der Kantonsrat hat dem Gegenvorschlag mit 105 zu 72 Stimmen deutlich zugestimmt, damit würde der Rahmenkredit der Wohnbauförderung auf 360 Millionen Franken verdoppelt.
Warum will der Regierungsrat trotz der angespannten Finanzlage des Kantons den Wohnungsbau mit Beiträgen fördern? Am gleichen Datum haben die Stimmberechtigten in der Gemeinde Andelfingen die Gelegenheit, über die Einzelinitiative «Die Gemeinde stärken – Liegenschaft Post Adlikon im Baurecht» abzustimmen. Die Initiative will das Grundstück im Eigentum der Gemeinde behalten und altersgerechte und preiswerte Wohnungen auf dem gemeindeeigenen Grundstück ermöglichen.
Nach dem Willen der Initiative könnte eine gemeinnützige Organisation auf dem Grundstück erschwingliche Wohnungen realisieren. Der Regierungsrat erkennt die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt und unterbreitet einen ausgewogenen Gegenvorschlag. Nehmen wir den Schwung in unsere Gemeinde, bleiben eine attraktive Gemeinde für Alle und ermöglichen auf kommunaler Ebene den Bau von altersgerechten und preiswerten Wohnungen.
Jost Meier, Adlikon

Die letzten Geheimnisse einer rationalen Welt von Ruedi Widmer

Nr. 1279 / Zollabkommen

Die EU liess sich von Trump einen Zoll-Deal aufschwatzen; das heisst, sie akzeptiert 15% Zoll auf Exporte und verpflichtet sich, für zig Milliarden Dollar amerikanische Produkte und Energie abzukaufen – von einem windigen Dealer, der mal das, mal dieses sagt. Ob es die Schweiz besser machen wird?



www.ruedi-widmer.ch, www.instagram.com/ruediwidmercartoons, 29.7.2025

Der Landbote
Der Landbote, Technoparkstrasse 5, 8401 Winterthur.
Telefon Redaktion: 052 266 99 00.
E-Mail Redaktion: redaktion@landbote.ch.
Herausgeberin: Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG, Technoparkstrasse 5, 8401 Winterthur.
Verleger: Pietro Supino.
Redaktionsleitung: Raphaela Birrer (rbi), Chefredaktorin. Matthias Chapman (cpm), stv. Chefredaktor. Ueli Kägi (ukä, Leitung Zürich), Andreas Kunz (aku), Nicole Döbeli (nid, Leiterin Region), Till Hirsekorn (hit, Leiter Stadtredaktion).
Stadtredaktion: Helmut Dworschak (dwo), Patrick Gut (pag), Valérie Jost (vaj), Jonas Keller (jok), Zoé Richardet (ric), Annette Saloma (asa), Menoa Stauffer (moa).
Regionalredaktion: Almut Berger (alb), Jonas Gabrieli (gab), David Herter (dhe), Tanja Hudec (tac), Maja Reznicek (mre), Rafael Rohner (roh).
Redaktionsassistentin: Heidrun Pschorn (ps).
Sportredaktion: Urs Stanger (ust, Leitung), Marisa Kuny (mak), Michael Schifferle (mis).
Ständige Mitarbeit: Markus Wyss (maw)
Zürich Politik & Wirtschaft: Stefan Häne (sth, Leitung), Malte Aeberli (mae, stv. Leitung).
Aboservice: Für Fragen und Anliegen zu Ihrem Abo wenden Sie sich am besten über eines der Online-Formulare an uns: contact.landbote.ch. Telefonisch erreichbar unter: Tel. 044 404 64 88.
Abopreise: abo.landbote.ch.
Leitung Nutzermarkt: Marc Isler.
Leitung Abo-Service: Aranzazu Diaz.
Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG. Auflage: 18'614 Expl. Mo-Sa, **Mi Grossauflage:** 84'346 Expl. (WEMF-beglaubigt 2024).
Inserate: Tamedia Advertising AG, Leitung: Philipp Mankowski. Tel. 044 248 40 30.
E-Mail: inserate@landbote.ch.

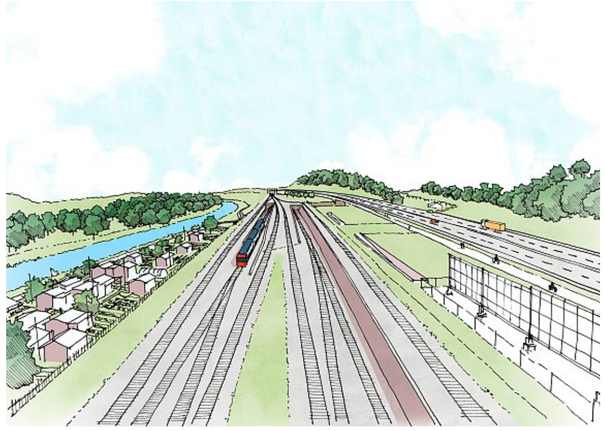
Die Verwendung von Inhalten dieses Titels durch nicht Autorisierte ist untersagt und wird gerichtlich verfolgt. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen der Tamedia Publikationen Deutschschweiz AG i.S.v. Art. 322 StGB: LZ Linth Zeitung AG.

Ein Angebot von Tamedia

Region

Mehr Züge und noch mehr Geld: Der Brüttener Tunnel wird 430 Millionen teurer als geplant

SBB-Projekt Nach dem Bahnausbau «Mehrspur» sollen auf der Strecke zwischen Winterthur und Zürich mehr Zuge fahren können. Doch der Ausbau wird statt 2,9 Milliarden voraussichtlich 3,3 Milliarden Franken kosten. Im Herbst soll er genehmigt werden.



Der Brüttener Tunnel (im Bild die Portale in Winterthur-Töss) soll die Strecke Winterthur–Zürich entlasten.

Im Zuge des Projekts wird auch der Bahnhof Töss behindertengerecht umgebaut. Illustrationen: Patatoffel

Valérie Jost

Es ist ein Megaprojekt: «Mehrspur Zürich–Winterthur» soll den Flaschenhals beim S-Bahnhof Effretikon entschärfen. Heute fahren alle Züge zwischen Zürich und Winterthur diese Schleife. Entsprechend sind die zwei Gleise ausgelastet und mehr Züge unmöglich – doch die Passagierzahlen steigen. Abhilfe soll der neun Kilometer lange Brüttener Tunnel mit Portalen in Winterthur, Bassersdorf und Dietlikon schaffen, der zwei zusätzliche Gleise umfasst.

Die SBB planen das Projekt im Auftrag des Bundes. Nach über zehn Jahren Planung steht «Mehrspur» nun kurz vor der Bewilligung. Doch die veranschlagten Kosten sind zuletzt erheblich gestiegen: von 2,84 Milliarden Franken – Stand 2024 – auf 3,27 Milliarden Franken.

Das seien 428 Millionen Franken mehr, schreibt das Bundesamt für Verkehr (BAV) im Standbericht 2024. Die Teuerung miteinkalkuliert, wären es sogar 550 Millionen Franken mehr. Das entspricht praktisch der Marge von 20 Prozent, welche die SBB angeben.

SBB-Sprecherin Carmen Hefti bestätigt auf Anfrage die Zahlen, verweist aber auch auf den Standbericht 2025. Dann folgt die nächste «Endkostenprognose».

Bau unter Betrieb und neue Gesetze

Wie begründen die SBB die deutlichen Mehrkosten? Der Bau «unter Betrieb und im intensiv genutzten Siedlungsgebiet» sei hochkomplex und verteuere das Projekt «massiv», so Hefti.

Konkret: Während der langen Planung habe man sämtliche Teilprojekte anpassen müssen. Es würden vier Bahnhöfe – Winterthur-Töss, Wallisellen, Dietlikon und Bassersdorf – aufwendig umgebaut; man habe Unterführungen für den Fuss- und Veloverkehr verbreitern müssen, weil diese neu physisch getrennt geführt werden müssten; und man begrüne Lärmschutzwände und Stützmauern, dies wegen veränderter Gesetze und Normen und «mit Rücksicht auf Gemeinden und Anwohnende».

Hinzu kämen höhere Materialkosten – etwa weil man Recyclingbeton verwende – und gestiegene Preise für Land, das die SBB temporär oder permanent beanspruchten. Die über 200 Einsprachen dagegen, die gegen das Projekt eingegangen seien, würden «im Verhältnis eine eher kleine Rolle» spielen, so Hefti. Finanziert wird das Projekt nicht von den SBB selbst, sondern über den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes. Dieser verfügt jährlich über rund vier bis fünf Milliarden Franken.

Mit 2,3 Milliarden Franken sind knapp die Hälfte davon allgemeine Bundesmittel. Der Rest stammt aus Beiträgen der Mehrwert- und Mineralölsteuer, der Schwerverkehrsabgabe, der Kantone (rund 500 Millionen) und der direkten Bundessteuer.

Unklar, ob die Inbetriebnahme 2035 klappt

Für die Genehmigung des Projekts ist das BAV zuständig. Dieses schrieb im aktuellen Standbericht, die Genehmigung werde im Sommer 2025 erwartet. Derzeit, heisst es auf Nachfrage, gehe man von einer Genehmigung im September oder Oktober aus.

Wann dann die Arbeiten am Brüttener Tunnel beginnen könnten und ob die geplante Inbetriebnahme im Jahr 2035 weiterhin realistisch sei, könne man erst nach der Genehmigung abschätzen, sagt Carmen Hefti von der SBB. Klarer ist die Bauzeit: Laut Hefti rechnet man mit zehn Jahren. Im besten Fall könnte der Zeitplan also knapp aufgehen.

Was Gemeinden gegen ausufernde Knallerei unternehmen

Nationalfeiertag Lautes Feuerwerk ist in vielen Gemeinden zu einem Politikum geworden. Viele haben deshalb Regeln festgehalten.

«Um ein komplettes Feuerwerksverbot zu verhindern, zählen wir auf Ihre Vernunft», schreibt die Gemeinde Wildberg auf ihrem Flyer zur Bundesfeier und bittet die Bevölkerung, am 1. August nur zwischen 21 und 23 Uhr Knallkörper zu zünden. Solche Regeln wie jene der Tösstaler Gemeinde lassen sich dieses Jahr in vielen Festankündigungen finden.

So hat Wallisellen einen Platz definiert, an dem das laute und bunte Treiben gestattet wird. Das Ziel sei ein geordnetes Abbrennen des privaten Feuerwerkes, hält OK-Vizepräsident Remo Gaus fest. Ausserdem seien Sanität und Feuerwehr vor Ort, um bei einem Unfall sofort eingreifen zu können oder diesen im Voraus zu verhindern. Als dritten Punkt erwähnt Gaus, dass der Abfall an einer Stelle bleibt und nicht auf dem ganzen Stadtgebiet eingesammelt werden muss.

Konsequenzen für jene, die das Feuerwerk nicht am gewünschten Ort ablassen, gibt es in Wallisellen aber nicht. «Das gemeinsame Abbrennen von Feuerwerk auf dem Tambel sollte Freude bei der Bevölkerung verbreiten», so Gaus.

Wildberg will doch nichts vorschreiben

Auch Wildbergs Gemeindepräsident Dölf Conrad (SVP) will den Appell auf dem Flyer nicht als Einschränkung verstanden wissen. Man habe auch nicht vor, lautes Feuerwerk in Zukunft zu verbieten, sollten sich Personen nicht an die gewünschten Zeiten halten.

Trotzdem ist sich Conrad sicher, dass der Aufruf funktionieren wird, denn die Bürger in Wildberg seien mündig und verantwortungsbewusst. «100 Prozent Wirkung erreicht man nie, aber wenn wir eine deutliche Verminderung der Knallerei ausserhalb der limitierten Zeitspanne erreichen, ist das schon ein Erfolg.» Er sei grundsätzlich gegen Verbote, die man sowieso nicht durchsetzen könne, ergänzt er noch mit einem Seitenhieb gegen Gemeinden wie Bubikon, die ein solches Verbot eingeführt haben.

Immer mehr Gemeinden veranstalten kein Feuerwerk – und bitten, nur zu bestimmten Zeiten privates Feuerwerk abzubrennen. Foto: Bruno Petroni

In der Oberländer Gemeinde sowie über einem Dutzend weiterer im Kanton Zürich haben Bürgerinnen Einzelinitiativen für ein ganzjähriges Verbot von lärmendem Feuerwerk eingereicht, die daraufhin an der Gemeindeversammlung oder in einer Urnenabstimmung angenommen wurden.

Mehrere Abstimmungen im Unterland

Im Zürcher Unterland stehen mehrere Abstimmungen noch aus, unter anderem im Embrachertal. Dort haben die fünf Gemeinden im Mitteilungsblatt eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie zu einem respektvollen Miteinander aufrufen. Ausserdem wird darauf hingewiesen, dass in Rorbas nun ein ganzjähriges Verbot von lärmendem Feuerwerk gilt. In den anderen Gemeinden solle man sich an die offiziellen Termine halten. Heisst, lärmendes Feuerwerk ist nur in der Nacht vom 1. auf den 2. August erlaubt.

Andrea Meili